

Verordnung betreffend Verdunkelung im Luftschutz = Ordonnance concernant l'extinction des lumières dans la défense aérienne

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Protar**

Band (Jahr): **2 (1935-1936)**

Heft 9

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-362483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Mann eingehend über die allgemeinen Luftschutzmassnahmen orientiert ist, die für seinen Dienst unerlässliche Fachausbildung genossen hat und die Handhabung der Geräte genau kennt. Nach der Einzelausbildung kommt die Gruppenausbildung, und erst wenn diese sitzt, wird man zu kombinierten Uebungen schreiten können, wobei hier im besondern darauf hingewiesen werden soll, dass namentlich die Ortsleitung und das Kader zuerst systematisch durch Planspiele auf ihre Aufgaben vorbereitet werden sollen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Inspektionen das überaus erfreuliche Resultat zeigten, dass fast ohne Ausnahme sowohl bei den

Bern, 8. Juli 1936.

leitenden Persönlichkeiten als auch bei den Luftschutzmannschaften ein ausserordentlich guter Wille herrscht und mit Ernst und Selbstaufopferung gearbeitet wird. Die durch die Kontrollbesuche gesammelten Erfahrungen ermöglichen ferner, den verantwortlichen Stellen und Behörden einen bessern Ueberblick über die notwendigen Massnahmen zu erlangen und die Durchführung der dringendsten Aufgaben anzuordnen. Es ist daher zu gewärtigen, dass die nächsten Monate wichtige Beschlüsse und Erlasse bringen werden, die den systematischen und planmässigen Ausbau der örtlichen Organisationen wesentlich fördern sollen.

Eidgenössische Luftschutzstelle.

Verordnung betreffend Verdunkelung im Luftschutz. (Vom 3. Juli 1936)

Der schweizerische Bundesrat,

gestützt auf den Bundesbeschluss vom 29. September 1934 betreffend den passiven Luftschutz der Zivilbevölkerung,

beschliesst:

Art. 1.

Die Verdunkelung hat zum Zweck, fremden Flugzeugen zur Nachtzeit die Erkennung von Ortschaften und besondern Anlagen sowie überhaupt die Orientierung zu verunmöglichen oder zu erschweren.

Die Verdunkelung wird bei Kriegsgefahr für das ganze Land gleichzeitig angeordnet und einheitlich nach den folgenden Bestimmungen durchgeführt.

Art. 2.

Aussenbeleuchtungen jeder Art sowohl auf öffentlichen Strassen und Plätzen als auf privaten Grundstücken sind verboten.

Zur Sicherung des Verkehrs sind schwache, abgeschirmte Richtlampen zulässig, die nur in der unbedingt erforderlichen Zahl an wichtigen Stellen und zur Kennzeichnung amtlicher Einrichtungen angebracht werden dürfen.

Art. 3.

Fahrzeuge aller Art, wie Motorfahrzeuge, Pferde- und andere Fuhrwerke, Fahrräder, Schiffe, dürfen nur mit schwacher, abgeschirmter Beleuchtung fahren oder stationieren, sofern nicht ganz auf die Beleuchtung verzichtet werden kann.

Die im Gebiete der Schweiz befindlichen Haupt- und Nebenbahnen sowie Schwebbahnen sind verpflichtet, ihre Fahrzeuge, Anlagen und Signale gemäss den Vorschriften zu verdunkeln, die vom Eidgenössischen Post- und Eisenbahndepartement im Einverständnis mit dem Eidgenössischen Militärdepartement erlassen werden.

Art. 4.

Für Arbeiten im Freien ist nur die Verwendung schwacher, abgeschirmter Sturm- oder Taschenlaterne gestattet.

Art. 5.

Nach oben reflektierende Flächen von Gebäuden und Anlagen sind so zu behandeln, dass die Reflexe vermieden werden.

Art. 6.

Beleuchtungen und andere Lichtquellen im Innern von Wohnhäusern, sonstigen Gebäuden oder Räumen jeder Art sind nur gestattet, wenn Vorkehrungen dafür getroffen sind, dass keine Lichtstrahlen nach aussen treten.

Art. 7.

Die Lichtwirkungen von Ofenbeschickungen und ähnlichen Arbeitsvorgängen in Gaswerken, Eisenwerken oder andern chemisch-technischen Anlagen sind so abzuschirmen, dass Lichtstrahlen nach aussen möglichst vermieden werden.

Art. 8.

Die Verdunkelung wird vom Bundesrate und nach der Wahl des Generals von diesem verfügt.

Nach der Anordnung der Verdunkelung gelten die allgemein vorgeschriebenen Massnahmen solange weiter, bis sie völlig oder für örtlich genau abgegrenzte Teile des Landes aufgehoben werden.

Art. 9.

Ausnahmen von der Befolgung der vorgeschriebenen Massnahmen dürfen nur in wichtigen und dringlichen Fällen gestattet werden und nur dann, wenn der Zweck der Verdunkelung nicht gefährdet wird.

Für die Erteilung der Bewilligungen, die in jedem Falle örtlich und zeitlich genau umschrieben werden müssen, sind zuständig:

der Platz- oder der Ortskommandant, in luftschutzpflichtigen Ortschaften nach Anhörung des Ortsleiters, in andern Ortschaften der Ortsleiter und, wo keine örtliche Luftschutzorganisation besteht, die Ortspolizeibehörde.

Vorbehalten bleibt für bestimmte Industrien die einheitliche Erteilung von Bewilligungen durch die zuständige Bundesbehörde.

Für die Dauer des Fliegeralarms verlieren alle Bewilligungen ihre Wirksamkeit.

Art. 10.

Im Frieden können zu Uebungszwecken für bestimmte Gebiete die Massnahmen der Verdunkelung vorübergehend angeordnet werden.

Zuständig für die Anordnung solcher Massnahmen ist das Eidgenössische Militärdepartement; es kann für örtlich begrenzte Uebungen auch die kantonalen oder lokalen Polizeibehörden ermächtigen.

Art. 11.

Alle Gemeinden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass innerhalb ihres Gebietes die Massnahmen für die Verdunkelung vorbereitet und gemäss den behördlichen Verfügungen durchgeführt werden.

Art. 12.

Widerhandlungen gegen diese Verordnung werden nach Massgabe des Bundesratsbeschlusses vom 3. April 1936 betreffend Strafvorschriften für den passiven Luftschutz geahndet.

Art. 13.

Der Vollzug dieser Verordnung, soweit er dem Bunde obliegt, sowie der Erlass technischer Ausführungsbestimmungen ist Sache des Eidgenössischen Militärdepartements. Dieses kann bestimmte Befugnisse der Eidgenössischen Luftschutzkommission übertragen.

Das Eidgenössische Militärdepartement setzt fest, bis wann die vorbereitenden Massnahmen in den Ortschaften getroffen sein müssen.

Art. 14.

Diese Verordnung tritt am 15. Juli 1936 in Kraft.

Bern, den 3. Juli 1936.

Im Namen des schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Meyer.

Der Bundeskanzler:

G. Bovet.

Ordonnance concernant l'extinction des lumières dans la défense aérienne. (Du 3 juillet 1936)

Le Conseil fédéral suisse,

vu l'arrêté fédéral du 29 septembre 1934 sur la défense passive de la population civile contre des attaques aériennes,

arrête:

Article premier.

L'extinction des lumières vise à empêcher les avions étrangers de reconnaître, de nuit, des localités ou des établissements spéciaux, ainsi que de s'orienter en général, ou à entraver leur action.

Elle est ordonnée en cas de danger de guerre pour tout le pays à la fois et exécutée d'une façon uniforme conformément aux dispositions ci-après.

Art. 2.

Les éclairages extérieurs de toute sorte sont interdits, tant sur la voie publique que sur les terrains privés.

Pour assurer la circulation, on peut placer des lampes-repères, à feux de faible intensité et masqués, en nombre strictement indispensable, aux points importants et devant des établissements officiels.

Art. 3.

Les véhicules de tout genre, tels que véhicules à moteur, attelages et autres voitures, cycles, bateaux, ne peuvent circuler ou stationner qu'avec des lumières de faible intensité et masquées, à moins qu'ils ne puissent se passer de tout éclairage.

Les chemins de fer principaux ou secondaires, ainsi que les téléferiques, qui se trouvent sur le territoire suisse sont tenus de préparer l'extinction des lumières de leurs véhicules, installations et signaux conformément aux prescriptions que le Département des postes et des chemins de fer édictera d'entente avec le Département militaire.

Art. 4.

Les travaux en plein air ne peuvent être exécutés qu'à l'aide de lanternes sourdes ou lampes de poche à feux de faible intensité et masqués.

Art. 5.

Les surfaces de bâtiments ou d'installations dont la lumière se réfléchit vers le haut seront aménagées de manière que cette réflexion disparaisse.

Art. 6.

Les éclairages et autres sources de lumière à l'intérieur de maisons d'habitation, d'autres bâtiments ou locaux de toute sorte ne sont autorisés que si les mesures ont été prises pour empêcher tout passage de rayons lumineux à l'extérieur.

Art. 7.

Les lueurs provoquées par le chargement des fourneaux et d'autres opérations semblables dans les usines à gaz, les usines métallurgiques ou d'autres établissements de chimie industrielle doivent être masquées de manière que, dans la mesure du possible, le passage des rayons lumineux à l'extérieur soit arrêté.

Art. 8.

L'extinction des lumières est ordonnée par le Conseil fédéral et, après l'élection du général, par celui-ci.

Une fois l'extinction des lumières ordonnée, les mesures d'ordre général prescrites restent en vigueur jusqu'au moment où elles sont rapportées, soit intégralement, soit pour des régions exactement délimitées.

Art. 9.

Des dérogations aux mesures prescrites ne peuvent être autorisées que dans des cas importants et urgents, et seulement si l'effet de l'extinction des lumières n'en est pas compromis.

Sont compétents pour accorder les autorisations nécessaires, qui doivent être chaque fois exactement délimitées quant au lieu et au temps:

le commandant de place ou de cantonnement, qui, dans les localités tenues d'organiser la défense passive, devra entendre préalablement le chef local;

dans les localités où il n'y a pas de commandant de place ou de cantonnement, le chef local et, s'il n'existe pas d'organisme local de défense aérienne, la police locale.

Demeure réservé, pour certaines industries, l'octroi général d'autorisations par l'autorité fédérale compétente.

Art. 10.

Des exercices d'extinction des lumières peuvent être organisés, en temps de paix, dans des régions déterminées.

Ils sont ordonnés par le Département militaire fédéral. Celui-ci peut, pour les exercices locaux, déléguer sa compétence à l'autorité cantonale ou locale de police.

Art. 11.

Les communes sont tenues de faire en sorte que l'extinction des lumières soit préparée et exécutée sur leur territoire conformément aux prescriptions de l'autorité.

Art. 12.

Les infractions à la présente ordonnance seront poursuivies conformément à l'arrêté du Conseil fédéral du 3 avril 1936 réprimant les infractions en matière de défense aérienne passive.

Art. 13.

Le Département militaire est chargé de l'exécution de la présente ordonnance dans la mesure où elle incombe à la Confédération, ainsi que d'arrêter les dispositions d'exécution techniques. Il peut déléguer certaines attributions à la Commission fédérale de défense aérienne passive.

Le Département militaire fixe la date à laquelle les préparatifs devront être faits dans les localités.

Art. 14.

La présente ordonnance entre en vigueur le 15 juillet 1936.

Berne, le 3 juillet 1936.

Au nom du Conseil fédéral suisse,

Le président de la Confédération:

Meyer.

Le chancelier de la Confédération:

G. Bovet.

Ueber die Sichtbarkeit des Abzeichens der Genfer Konvention.

Von Oberst J. Thomann, eidg. Armeepotheke, Bern.

Nachdem die vom hohen Bundesrat am 20. April 1936 genehmigte *Vereinbarung* zwischen dem Schweizerischen Roten Kreuz und der Veska (Verband schweizerischer Krankenanstalten) zu Recht besteht, nach welcher ein engerer Zusammenschluss aller der Krankenpflege dienenden Organisationen bezweckt wird, zu geschlossener Zusammenarbeit in Kriegs- und Friedenszeiten unter dem Schweizerischen Roten Kreuz, ist die Möglichkeit der Verwendung des Abzeichens der Genfer Konvention zur Kenntlichmachung von Spitälern eine grössere geworden. Die Veska wird eine Hilfsorganisation des Schweizerischen Roten Kreuzes. Eine *Uebereinkunft* zwischen dem Vorstand der erstern und den Krankenanstalten, die Mitglieder der Veska sind, regelt die von letzterer einzugehenden Pflichten und Rechte.

Ein solches Recht besteht z. B. darin, zu Kriegszeiten das Abzeichen der Genfer Konvention zur Kenntlichmachung der betreffenden Heilanstalten verwenden zu dürfen.¹⁾

Dass dieses Abzeichen nie einen absoluten Schutz gegen feindliche Angriffe bieten konnte und ganz besonders im modernen Krieg nicht bieten kann, steht fest. Es ist aber der psychologische Wert der Verwendung des Abzeichens der Genfer Konvention nicht zu unterschätzen.

Fälle absichtlicher Missachtung dieses Abzeichens sind wohl selten. Man wird wohl annehmen dürfen, dass die Angehörigen eines Heeres, bevor sie ins Feld zogen, über die Genfer Konvention und deren Anwendung im Kriege genügend unterrichtet worden seien. In den Berichten über den abessinischen Krieg wurden zwar Fälle angeblich absichtlicher Missachtung erwähnt, ebenso solche, wo kämpfende, unverletzte Truppen sich unter den Schutz des Roten Kreuzes einer Sanitätsanstalt begaben, um sich der feindlichen Waffenwirkung zu entziehen, was einen Missbrauch der Genfer Konvention bedeutet und so wenig erlaubt ist, wie die Missachtung derselben. Wenigstens wurde ein solcher Missbrauch als Begründung für die Bombardierung von Sanitätseinrichtungen (Lazaretten) aus der Luft angegeben. Also eine Art Repressalie. So wurde die schwedische Rotkreuz-Expedition in Abessinien im Januar 1936 durch italienische Flieger bombardiert, wobei der Arzt Dr. Lundström getötet wurde. Bei einiger Ueberlegung wird man sich aber sagen müssen, dass eine solche Repressalie keinen grossen Zweck hätte. Zu was Bomben oder andere Munition verschwenden für ein Objekt, das Kranke und Verwundete enthält, somit Gegner, die schon kampfunfähig sind. Wenn Repressalien wegen Missbrauchs des Abzeichens der Genfer Konvention als notwendig erscheinen, so würden sie sich wohl besser auswirken,

¹⁾ Siehe «Protar» Nr. 7 (Sondernummer), Mai 1936, S. 130/131.